

Am politikgeschichtlichen Ansatz der Untersuchung sind nicht nur zweckvolle „Begründungen“ der gesellschaftlichen Bewegung zu kritisieren. Unergiebig ist dieser Ansatz deshalb, weil er sich dem offiziellen westlichen politischen Diskurs in der Auseinandersetzung mit dem Sowjetsozialismus völlig unterwirft. Es ist eine Sache, in dieser Auseinandersetzung Position zu beziehen. Eine andere ist, ob diese Position dadurch gewonnen werden kann, dass man den Diskurs einer Konfliktpartei nur noch einmal affirmativ nachvollzieht – von den kleinsten semantischen Details bis hin zu einer (eher komisch wirkenden) Siegespose angesichts des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums. Max Frisch hat einmal von der „Verbravung“ des Schriftstellers gesprochen, der sich allzusehr mit spezifischen politischen Interessen identifiziert. Die vorliegende Untersuchung bestätigt das nur zu deutlich: So kostet es V. sichtlich einige Überwindung, Flunkereien der politischen Spitzenakteure – hier: Genschers – auch Flunkereien zu nennen (S. 42).

In den semantischen und argumentativen Fußstapfen der politischen Autoritäten kann V. die historische Bedeutung des Komplexes „Botschaftsflüchtlinge“ nicht hoch genug veranschlagen. Im Anschluss an zahlreiche einschlägige Verlautbarungen bundesdeutscher Politiker streicht er zunächst das menschliche Moment der Politik der Bundesregierung und der Unterstützungsaktionen des Auswärtigen Amtes für die DDR-Flüchtlinge heraus. Für die Gesamteinschätzung des Komplexes übernimmt V. ein Wort Genschers, das zugleich das Motto des Buches ist: Die Fluchtbewegung aus der DDR, so Genscher, habe sich schließlich in einen „Urstrom der Geschichte“ verwandelt. Zu dieser vollmundigen Botschaft abschließend zwei Anmerkungen.

Das menschliche Moment in der Politik der BRD war auch Kalkül: Hilfe und Unterstützung galten Flüchtlingen, aus denen man erheblichen politischen Nutzen ziehen konnte und wollte. Wo das nicht der Fall ist, wird Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingen bekanntlich eher klein geschrieben. Die Rede vom „Urstrom der Geschichte“ suggeriert eine Bedeutung der Fluchtbewegung aus der DDR, die weit über das von ihr betroffene Territorium hinausgeht. Legt man diese breitere Perspektive zugrunde, und das müsste dann heißen: die durch Armut, Vertreibungen und Krieg hervorgerufenen weltweiten Flüchtlingsströme der Gegenwart, haben wir es – überflüssig zu betonen – mit einer ganz anderen Quantität und Qualität des Flüchtlingsproblems zu tun. Dessen Dimensionen sind schon an den Grenzfestungen zu erkennen, die dagegen errichtet werden. Der Drahtzaun zwischen Ungarn und Österreich, den die Außenminister beider Länder am 27. Juni 1989 bei Sopron und Klingenbach durchschnitten, reichte wenig über die Köpfe der beiden Politiker hinaus. Die Hightech-Zäune der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika, die den Flüchtlingsstrom aus Afrika nach Europa aufhalten sollen, erreichten 2011 die stattliche Höhe von sechs Metern.

Moosburg

Peter Heumos

The Maidan Uprising, Separatism and Foreign Intervention. Ukraine's Complex Transition. Hrsg. von Klaus Bachmann und Igor Lyubashenko. (Studies in Political Transition, Bd. 4.) Lang, Frankfurt am Main 2014. 523 S., graph. Darst. ISBN 978-3-631-65456-9. (€ 64,95.)

Die Ereignisse in der Ukraine und in Russland seit November 2013 und die konsequente Inkorporierung der Krim in den russischen Staat im März 2014 haben die Einstellung Polens zur Ukraine und den Ukrainern stark beeinflusst, wie die Umfragen eines polnischen Meinungsforschungsinstituts aus dem Jahr 2014 eindeutig gezeigt haben. Im Gegensatz zu Tschechien, das nicht an die Ukraine grenzt und überwiegend die Moskauer

Interpretation der Ereignisse in der Ukraine vertritt², unterstützte Polen von Beginn der Krise an ganz entschieden den ukrainischen Nachbarn.³

Diese Unterstützung kommt auch in dem hier zu besprechenden, von Klaus Bachmann und Igor Lyubashenko hrsg. Sammelband zum Ausdruck. Schon die Tatsache, dass 10 der 17 beteiligten Autoren polnische Institutionen vertreten, ist ein starkes Signal für die Relevanz des Themas in Polen. Die meisten Aufsätze stammen von Politikwissenschaftlern, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftlern, Historikern und Juristen. Aber auch Journalisten, politische Aktivisten sowie andere Experten und Entscheidungsträger haben sich beteiligt. Sie schildern und analysieren die Ereignisse in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014. Thematisiert werden sowohl die innenpolitische Lage in der Ukraine als auch deren Außenbeziehungen, insbesondere die zu Russland, den USA und Polen. Bachmann und Lyubashenko, beide Politikwissenschaftler, betonen in ihrer Einleitung, sie hätten sich für dieses Buchprojekt entschieden, als zahlreiche Politiker und Intellektuelle in Deutschland Sanktionen gegen Russland mit dem Argument vereiteln wollten, das „Regime in Kiew“ sei faschistisch. Dies trifft nach Überzeugung der Hrsg. und Beiträger ebenso wenig zu wie die Behauptung, die Ukraine sei „niemals ein richtiger Staat“ (S. 8) gewesen. Durch solche Äußerungen habe man die Existenz der ukrainischen Nation infrage gestellt. Einige deutsche Fernsehkommentatoren hätten sogar die Meinung vertreten, die Krim habe schon immer zum russischen Staat gehört.

Das Ziel der Hrsg. ist es, den Lesern genug Hintergrundinformationen zu geben, um ihnen das Verständnis und die angemessene Beurteilung der Ereignisse in der Ukraine und in Russland sowie der Reaktionen darauf in anderen Ländern zu erleichtern (S. 10). Im Folgenden werden zwei Aufsätze besprochen, die sich mit der Rolle Polens für die ukrainische Freiheitsbewegung beschäftigen.

Spasimir Domaradzki, Politikwissenschaftler an der Lazarski-Universität in Warschau, analysiert die Reaktion der NATO und der EU auf die Ukraine-Krise. In seinem Beitrag kommt das besondere Engagement Polens als direkter Nachbar zum Ausdruck. Schon 1995, also bereits vor dem Beitritt Polens zur NATO im Jahr 1999, beschlossen die Ukraine und Polen die Gründung eines multinationalen Bataillons der Friedenskräfte (POLUKRBAT). Trotz zahlreicher Widerstände, insbesondere seitens linker ukrainischer Politiker, die diese Initiative als antirussischen Akt ansahen, wurde das Bataillon bis 2010 im Kosovo eingesetzt. Domaradzki schildert, wie sehr nach der Orangen Revolution die Unterstützung in der Ukraine für die NATO zunahm und wie eindeutig der Wunsch nach einer Mitgliedschaft in dem Verteidigungsbündnis wurde. Die gescheiterten amerikanisch-polnischen Bemühungen, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine rasch herbeizuführen, hätten zur Abkühlung der Beziehungen zwischen Kiew und Brüssel beigetragen. Auch auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU habe Polen, nach seinem EU-Beitritt im Mai 2004, besonders großes Engagement gezeigt. Der entscheidende Grund dafür sei seine neue EU-Außengrenze mit der Ukraine gewesen. Trotz intensiver polnischer Bemühungen, günstige Bedingungen für die Ukraine zu erreichen, die die rasche Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens ermöglicht hätten, scheiterte der Prozess. Domaradzki zeichnet ein nüchternes Bild der Deeskalation der Ukraine-Krise: Auch die äußerst aktive europäische Nachbarschaftspolitik, als deren besondere Unterstützer Schweden und Polen gelten, sowie das Engagement der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zugunsten einer Deeskalation des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine führten zu keinen konkreten Ergebnissen. Ein Hindernis sieht der Autor in

² Vgl. PETR KRATOCHVÍL: Von Falken und Russlandfreunden. Die tschechische Debatte über die EU-Sanktionen, in: Osteuropa 64 (2014), 9-10, S. 67-78.

³ Vgl. THOMAS VOGEL: Überforderung und Desinteresse. Die EU, die Nachbarschaft und die Ukraine, ebenda, S. 51-65, hier S. 57.

den unterschiedlichen Positionen, die einzelne EU-Mitgliedsländer im Blick auf die Ukraine vertreten: Während Polen als überzeugter Vertreter der ukrainischen Position gelte, warnten zahlreiche EU-Mitglieder vor einer allzu starken Ausgrenzung Russlands.

Maria Przełomieć, Journalistin und Expertin für die postsowjetische Region, schildert in ihrem Beitrag, wie stark das Engagement Polens für die proeuropäischen Aspirationen der Ukraine zuletzt immer gewesen sei. Daraus resultiere die eindeutige Unterstützung der Maidan-Bewegung. Als Verteidiger der ukrainischen Europa-Aspirationen sei Polen über die Entscheidung des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukovyč, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterschreiben und anschließend nach Russland zu fliehen, besonders bestürzt gewesen. Der Anspruch Polens, als Experte für Beziehungen zu Osteuropa aufzutreten, sei nach diesem Desaster in Frage gestellt worden. Przełomieć schildert die enorme Unterstützung seitens polnischer Politiker, der Bevölkerung und Medien – aus dem linken wie rechten Spektrum – für die ukrainische Freiheitsbewegung. Ihre Erklärung für diesen breiten Konsens lautet, dass die Bindungen zwischen Polen und der Ukraine nach 1989 prägender gewesen seien als die polnisch-ukrainischen Konflikte während und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Buch ist insbesondere Ukraine-Kennern zu empfehlen. Es ist analytisch und interdisziplinär. Man muss allerdings betonen, dass die proukrainische Perspektive in den meisten Beiträgen deutlich überwiegt. Den Grund für diese einseitige Betrachtung nennen die Hrsg. in ihren abschließenden Ausführungen: Der russischen Regierung sei es gelungen, durch Kontrolle, Steuerung und Bezahlung russischer Medien die russische Gesellschaft, aber auch andere Länder einseitig zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Anstatt das Wissen über die Geschichte und Politik der Ukraine wie Russlands zu vermehren, beherrschten heute zahlreiche Stereotype über die Ukraine das öffentliche Bild. Beispielsweise hätten in Tschechien einige Medien behauptet, niemand habe die Ukrainer gefragt, ob sie lieber in einer unabhängigen Ukraine oder in der Sowjetunion leben wollten. Einige deutsche Kommentatoren hätten argumentiert, die Krim habe sowieso erst seit 1954 zur Ukraine gehört. Die Mischung aus autoritären Werten, Nationalismus und militärischer Expansion, die Vladimir Putin auch mittels zur Schau gestellter Männlichkeit repräsentiere, habe in der europäischen Rechten Zuspund gefunden. Auf diese Verzerrungen und Falschdarstellungen wollen die Hrsg., mit Hilfe von konkreten Fakten und Analysen, eine Antwort geben. Zum Schluss geben sie ihrer Zuversicht Ausdruck, dass die Ukraine, nach der Krise, als ein Nationalstaat mit funktionierenden Institutionen, sicheren Grenzen und intensiven Beziehungen zu Westeuropa dastehen werde. Die Frage, ob die Nation auch eine liberale, pluralistische Demokratie haben werde, lassen sie jedoch offen.

Sehr praktisch ist die Zeitleiste von Iryna Havdiak und Artur Inderike, die die Ereignisse seit dem Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine im März 2007 bis zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai 2014 darstellt. Eine Bibliografie, ein mehrsprachiges Glossar der Ortsnamen sowie Kurzbiografien der Autoren beschließen den Band.

Sønderborg

Katarzyna Stokłosa

Tradition und Neuanfang. Forschungen zur Geschichte Lettlands an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert. Kleine Festschrift für Erwin Oberländer. Hrsg. von Svetlana Bogojavlenska und Jan Kusber. (Mainzer Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 7.) LIT. Berlin u.a. 2014. 238 S., Ill. ISBN 978-3-643-12732-7. (€ 29,90.)

In der Vergangenheit waren das Baltikum und damit auch das Gebiet des heutigen Lettland zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Brüchen unterworfen. Dementsprechend musste sich auch die Geschichtsschreibung zur Region ständig an neue Rahmenbedingungen anpassen, ihre Grundlagen und Prämissen neu klären und sich zu historischen Ereignissen neu positionieren. Dieser Prozess ist auch heute, 25 Jahre nach dem letzten großen Bruch, der Erlangung der Unabhängigkeit Lettlands, noch nicht abgeschlossen.